

Andreas Klein **Mazedonien.**

Aufbruch nach Europa – Führungswechsel bei VMRO-DPMNE¹⁾

Mit der Nachfolge Georgievskis tritt Nikola Gruevski kein leichtes Erbe an. Innerhalb der Partei ist der ehemalige Premierminister trotz der Wahlniederlage im vergangenen September umstritten. Ihm ist es gelungen, die sich über hundert Jahre erstreckende traditionsreiche Geschichte VMRO-DPMNEs wieder zu beleben, deren Wurzeln sich in der revolutionären Bewegung um Goce Delchev gegen die türkische Besatzung zwischen den Jahren 1893 und 1903 finden. Als Student hat Ljubcho Georgievski die Partei mit einigen anderen im Jahr 1990 neugegründet und sie als Vorsitzender acht Jahre später zum Wahlsieg gegen die seit der Unabhängigkeit Mazedoniens regierenden Sozialdemokraten geführt.

Als 1998 Georgievskis VMRO-DPMNE gemeinsam mit der Partei der Demokratischen Alternative und der albanischen DPA eine Koalitionsregierung bildete und damit nach Jahren der politischen und wirtschaftlichen Stagnation die postkommunistische SDSM ablösen konnte, schien der *wind of change* mit einiger Verspätung nun auch in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien zu wehen. Verheißungsvoll packte die neue Regierung längst überfällige Reformvorhaben an, wie beispielsweise die Privatisierung der Staatsbetriebe, die Entschlackung der aufgeblähten Verwaltung, die Reform der lokalen Selbstverwaltung und des Rentensystems.

Da das politische System in Mazedonien jedoch auf einem Geflecht von persönlichen Abhängigkeiten basiert und starke nepotistische Züge aufweist, brachte der Regierungswechsel nicht nur den poli-

Die national-konservative Partei Mazedoniens, VMRO-DPMNE, hat auf ihrem Kongress am 24./25. Mai 2003 einen neuen Vorsitzenden gewählt. Mit 220 von 289 Stimmen setzte sich der 33-jährige ehemalige Finanzminister und stellvertretende Vorsitzende der Partei, Nikola Gruevski, gegen den ehemaligen Landwirtschaftsminister Marjan Gjorchev durch. Gruevski tritt die Nachfolge Ljubcho Georgievskis an, der im Jahr 1998 VMRO-DPMNE in einem Wahlbündnis mit der Partei Demokratische Alternative (DA) und der Demokratischen Partei der Albaner (DPA) zu einem Sieg gegen die postkommunistische SDSM²⁾ führen konnte und für vier Jahre die Regierungsgeschäfte als Premierminister lenkte.

- 1) Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit.
- 2) Sozialdemokratischer Block Mazedoniens.
- 3) Liberaldemokratische Partei.
- 4) Demokratische Union für Integration.

tischen Kurswechsel des Landes, sondern versorgte in erster Linie die bis dahin wirtschaftlich und politisch benachteiligten Anhänger der Partei VMRO-DPMNE und deren Koalitionspartner DA und DPA mit Jobs in Verwaltung und Staatsbetrieben. Durch die in den Jahren 1998 bis 2002 begonnene Privatisierung der staatseigenen Anlagen sowie einiger Teile des alten jugoslawischen Erbes wie Appartements oder Häuser ehemaliger kommunistischer Parteibonenzen sind zudem eine gute Anzahl von Funktionären der Partei durch den günstigen Erwerb dieser Liegenschaften und deren teuren Weiterverkauf zu einem Wohlstand gelangt. Schließlich nahm die Korruption und der Missbrauch von Beihilfen der Europäischen Union, der Weltbank und anderer internationaler Organisationen sowie aus Drittländern exorbitante Züge an, so dass das Ansehen der Partei in der Bevölkerung stetig sank und der Ruf nach den ehemaligen sozialistischen Machthabern lauter wurde. Der Verlust der Macht an die Sozialisten durch die Wahlniederlage im September 2002 deutete sich bereits Monate vor der Wahl an und war auch nicht mehr durch den Wahlslogan „Kopf hoch – Mazedonien für Dich“ aufzuhalten. Das anschließende harte Vorgehen der neuen Regierung aus SDSM, LDP³⁾ und DUI⁴⁾ gegen hochrangige Funktionäre von VMRO-DPMNE, wie beispielsweise gegen den ehemaligen Generalsekretär der Partei und Direktor des Gesundheitsfonds, Vojo Mihajlovski, wegen Besteichung und Amtsmissbrauch hat jedoch dafür gesorgt, dass die Partei nicht auseinanderfiel, sondern noch enger zusammengeschweißt und auf den Vorsitzenden Ljubcho Georgievski eingeschworen wurde.

Dennoch, die anhaltend schlechten Popularitätswerte Georgievskis beim übrigen Teil der Bevölkerung sowie das geringe Ansehen der Partei bei der internationalen Gemeinschaft, bei anderen europäischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien, nicht zuletzt bei der Europäischen Volkspartei (EVP) haben den Vorsitzenden dazu bewogen, nach zwölf Jahren die Führung der Partei an einen weniger polarisierenden Nachfolger abzugeben. Dafür war auch das eindeutige Votum Georgievskis für Nikola Gruevski vor dem Kongress keine Überraschung. Gruevski hatte als Finanzminister zwischen Dezember 1999 und September 2002 eine, wie bislang

von niemandem bestritten wird, sorgfältige Arbeit geleistet, die ihm sowohl die Anerkennung beim politischen Gegner als auch über die Grenzen Mazedoniens hinaus eingebbracht hat. Dagegen galt der Gegenkandidat Marjan Gjorchev als Vertreter der alten Garde und strahlte weder als Landwirtschaftsminister noch als Parteipolitiker einen besonderen Enthusiasmus aus, der für den Umbau der Partei dringend erforderlich ist.

So umstritten Georgievski bei Bevölkerung und internationaler Gemeinschaft in Mazedonien ist, so bemerkenswert ist der Schritt des ehemaligen Premiers, sich zumindest vorübergehend aus der Politik zurückzuziehen, in einem Alter, in dem viele Politiker gerade ihre Karriere beginnen. Jedoch könnte sich die augenfällige Unterstützung Gruevskis durch Georgievski durchaus noch als Belastung herausstellen. Es ist nicht zu erwarten, dass sich der scheidende Vorsitzende völlig aus der Partei zurückziehen wird – vielmehr werden die maßgeblichen Fäden nach wie vor bei ihm zusammenlaufen. Hierfür spricht, dass weitere jüngere Parteifunktionäre aus seinem näheren Umfeld nun in die erste Reihe der Partei aufgerückt sind und das alte Establishment um Marjan Gjorchev ersetzt haben. Die Gruppe um Nikola Gruevski, Ganka Samoilova-Cvetanova (stellvertretende Vorsitzende), Ljupcho Balkovski (stellvertretender Vorsitzender) und Den Donec (Generalsekretär) wird intern als „Sneskovists“ bezeichnet, da sie alle Georgievskis Ehefrau Snezana und deren Organisation „Blagovestie“ nahe stehen. Diese Gruppe könnte zwar für einen Neuaufbau innerhalb der Partei stehen, allzu sichtbarer Einfluss Georgievskis auf die neue Parteiführung wird jedoch das verlorene Vertrauen der Bevölkerung in VMRO-DPMNE nicht zurückbringen. Dieses wieder herzustellen, wird vordringlichste Aufgabe des neuen Präsidenten sein. Daneben gilt es aber auch, die Partei zusammenzuhalten. Vor allem die Gründergeneration der 50- bis 60-Jährigen, die gemeinsam die Partei mit Ljubcho Georgievski Anfang der neunziger Jahre wiederbelebt hatten, könnten sich von den „jungen Wilden“ in ihrer politischen Existenz bedroht fühlen. Schon werden Stimmen laut, die angesichts der Vielzahl junger Delegierter mit Mobiltelefonen und eleganten Anzügen auf dem Parteikongress nach der eigentlichen Klientel

von VMRO-DPMNE fragen – nach den Land- und Fabrikarbeitern, die in der Vergangenheit nur mühsam das Geld für die Busfahrkarte zu den Parteitagen aufbringen konnten.

Aber genau dies ist das Imageproblem, das der Partei nach vier Jahren Regierungsverantwortung anhaftet. Während der Staat ärmer und ärmer geworden ist und es dem Gros der Bevölkerung wirtschaftlich schlechter geht, haben es eine ganze Reihe von Partefunktionären zu einem guten Wohlstand gebracht. Für viele Mazedonier steht daher die Amtszeit Georgievskis für Korruption und Vettewirtschaft, für den Ausverkauf des Staates, für steigende Arbeitslosigkeit und höhere Abgaben. Zudem wird ihm vorgeworfen, für die Eskalation der ethnischen Spannungen zwischen Albanern und Mazedoniern, die in die Krise des Jahres 2001 führte, mitverantwortlich zu sein.

■ Mazedoniens nachwirkende Krise

Vor zwei Jahren stand Mazedonien kurz vor einem Bürgerkrieg, als teilweise aus dem Kosovo stammende albanische Terroristen mit Überfällen auf Polizeistationen den mazedonischen Staatsapparat herauszufordern begannen und dabei Unterstützung von Seiten der albanischen Bevölkerung sowie der albanischen Parteien in Mazedonien erhielten. Nur dem dauerhaften Einsatz von NATO und EU und ihrem Sonderbeauftragten für Mazedonien, Alain Le Roy, war es schließlich zu verdanken, dass Schlimmeres verhindert werden konnte und sich die Konfliktparteien am 13. August 2001 in Ohrid zur Unterzeichnung eines Rahmenabkommens trafen. Dieses enthielt weitreichende Zugeständnisse an die albanische Bevölkerungsminderheit, wie beispielsweise die Anerkennung der albanischen Sprache als zweiter Staatssprache in den Landesteilen, in denen die Albaner über 20 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, oder die verfassungsrechtliche Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft mit der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche. Daneben fixierte das Abkommen bereits in der Vorbereitung bzw. im Prozess der Umsetzung befindliche Vorhaben der Regierung wie die Dezentralisierung des Staates und eine angemessene Berücksichtigung der albanischen Bevölke-

rung bei der Stellenausschreibung in Polizei, Militär und Verwaltung.⁵⁾

Seit der Unterzeichnung des Abkommens und der anschließenden allerdings eher symbolischen Entwaffnung der UCK im Rahmen der NATO-Mission Essential Harvest ist es einigermaßen ruhig in Mazedonien. Unter Beobachtung und Mitwirkung von OSZE und EU-Monitoren ist damit begonnen worden, das Rahmenabkommen seinem Inhalt nach umzusetzen. Im September des vergangenen Jahres konnten demokratische Wahlen abgehalten werden, die den Regierungswechsel von VMRO-DPMNE zur SDSM unter Branko Crvenkovski herbeiführten. Als neue Kraft in der politischen Landschaft Mazedoniens mit 16 Sitzen im Abgeordnetenhaus hat sich die albanische DUI etabliert. Diese ist aus der in Mazedonien mittlerweile offiziell aufgelösten UCK und deren Wortführer Ali Ahmeti hervorgegangen. Neben dem prominenten Ex-UCK-General Gëzim Ostremi und der anerkannten Hochschulprofessorin Teuta Arifi gehören bekannte Albaner aus dem gesamten westmazedonischen Raum dem Vorstand der neuen Partei an. Das zentrale Element des Parteiprogramms ist die rasche Umsetzung der Inhalte des Ohrid-Rahmenabkommens sowie die weitere Privatisierung der mazedonischen Wirtschaft.

Dass die DUI knapp 55 Prozent der albanischen Stimmen gewann, ist ein deutliches Symptom für das latente Gefühl der Ungleichbehandlung bei den Albanern im mazedonischen Staat und der Popularität jenes Mannes, der für die Anerkennung größerer Rechte bereit war, zu den Waffen zu greifen. Mit dieser Strategie gelang es Ali Ahmeti auf Anhieb, die alten Machtstrukturen innerhalb der albanischen Gemeinschaft in Mazedonien, die in die beiden Lager DPA einerseits und PDP⁶⁾ andererseits aufgeteilt war, zu durchbrechen. Während die Popularität Ahmetis unter den Albanern auf seinem Engagement für die UCK gründete, war dies gerade das ausschlaggebende Moment für dessen Ablehnung durch die mazedonische Bevölkerungsmehrheit. Im gesamten Wahlkampf war Ahmeti die Reizfigur auf albanischer Seite. Trotz seines bewusst zurückhaltend geführten Wahlkampfes sehen die Mazedonier in seiner Person nach wie vor den Terroristen, der den Staat an den Rand seiner Existenz manövrierte. Die DUI verhinderte

5) Vgl. zu den Details des Rahmenabkommens: Brunnbauer, Ulf, „Doch ein historischer Kompromiss? Perspektiven und Probleme der Verfassungsreform in Makedonien“, *Südosteuropa*, 50. Jg., 7–9/2001, S. 346–367.

6) Partei der Demokratischen Prosperität.

7) Vgl. zum Wahlkampf 2002 in Mazedonien: Klein, Andreas / Latifi, Veton, „Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Mazedonien“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 10/02, S. 73–89.

daher bewusst im Wahlkampf im vergangenen Herbst die Verwendung albanischer Symbole wie beispielsweise des schwarzen Doppeladlers, um nicht weiter die Ängste der Mazedonier vor einer Albanisierung ihres Staates zu schüren.⁷⁾

Mittlerweile ist die DUI als stärkste politische Kraft der albanischen Gemeinschaft mit fünf Ministern an der Regierung beteiligt. Damit setzt auch die Regierung Crvenkovski die seit der Unabhängigkeit Mazedoniens bestehende Tradition fort, einen albanischen Partner an der Ausübung der Regierungsgewalt zu beteiligen. Zwar treten die neuen Machthaber in der Öffentlichkeit nicht mehr so lautstark auf wie noch ihre Vorgänger, aber insgesamt lässt sich doch feststellen, dass sich im politischen Stil der neuen Regierung nichts wesentlich geändert hat. Auch unter der SDSM/DUI-Administration hat das Stühlerücken bereits kräftig begonnen. Nahezu alle Schlüsselpositionen bis zu den einfachen Angestellten sind neu mit altgedienten Parteifunktionären besetzt worden. Direktoren der alten Regierung werden aus den Staatsbetrieben, aus den staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie aus Schulen und anderen Bildungseinrichtungen entfernt oder auf wenig attraktive Posten abgeschoben. Dennoch, mangels Masse an Stellen in der öffentlichen Verwaltung und den Staatsbetrieben können nicht alle Parteimitglieder gleichermaßen berücksichtigt werden. Schon machen sich Unzufriedene insbesondere in den Reihen der DUI bemerkbar, die sich durch ihre Nähe zur Partei etwas mehr erhofft hatten. Diese tendenziell zunehmende Stimmung der Unzufriedenheit in den Reihen der albanischen Bevölkerung versucht gegenwärtig die DPA mit stark nationalistischen Tönen für sich zu nutzen, um verlorenen Boden wieder gut zu machen. Gerade in der wirtschaftlichen Frustration gepaart mit dem vorhandenen latenten Nationalismus liegt erhebliches Konfliktpotenzial für mögliche zukünftige Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen, das von den unverantwortlich agierenden politischen Führern des Landes nur allzu leicht geschürt werden kann. Unweigerlich wird dabei in der Tagesdiskussion auch immer wieder das Ohrider Rahmenabkommen infrage gestellt.

Erst am 18. April kritisierte der ehemalige Premierminister Ljubcho Georgievski in seiner wö-

chentlichen Kolumne in der Tageszeitung *Dnevnik* den Inhalt und das Zustandekommen des Abkommens. Georgievski sieht darin das Ende des unitaren mazedonischen Staates und in der mit der Implementierung verbundenen Dezentralisierung die Kantonisierung des Landes, die unweigerlich in die Teilung Mazedoniens münden müsse. Als Gründe für diese Entwicklung nennt er zum einen den nach wie vor vorhandenen Wunsch der Albaner nach der Schaffung eines Groß-Albanien sowie zum anderen das Unvermögen der internationalen Gemeinschaft, eine dauerhafte Ordnung in Südosteuropa zu errichten. Um Mazedonien doch noch vor dem fast sicheren Untergang zu retten, schlägt Georgievski einen Acht-Punkte-Plan vor:

1. Schnelle Integration Mazedoniens in die EU bis 2005;
2. Austausch von Territorium und Bevölkerung zwischen Mazedoniern und Albanern, um eine eindeutige Demarkationslinie zeichnen zu können;
3. Gründung einer neuen autonomen und souveränen Republik Mazedonien;
4. Gründung eines Mazedonischen Nationalrates, bestehend aus hohen Staatsbeamten, Vertretern der politischen Parteien, der Akademie der Wissenschaften und der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche;
5. Finanzierung durch die USA, die EU und Russland;
6. Einberufung einer internationalen Balkankonferenz;
7. Lösung der ethnischen Probleme in Südosteuropa durch Gebiets- und Bevölkerungsaustausch und damit verbundenen neuen Grenzziehungen.
8. Wenn dieser Vorschlag von den Albanern nicht akzeptiert wird, soll der Mazedonische Nationalrat in eigener Verantwortung die Grenzziehung vornehmen und eine Mauer entlang der Grenze errichten.

Dieser Plan der Aufteilung des Landes und des Austauschs der mazedonischen und albanischen Bevölkerung mit dem Ziel, ethnisch homogene Gebiete zu erhalten, ist indes keine neue Idee. Bereits im Frühsommer 2001, als die Kämpfe zwischen albanischer

UCK und den mazedonischen Sicherheitskräften ihren Höhepunkt erreichten, brachte die Mazedonische Akademie für Wissenschaft (MANU) einen ähnlichen Plan hervor, der zu jenem Zeitpunkt auf viel Widerstand stieß. Heute hingegen, da die Gräben zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen in Mazedonien tiefer zu sein scheinen als zuvor, stehen die Mazedonier einer derartigen Aufteilung ihres Landes nicht mehr ganz so ablehnend gegenüber. Verbinden sie doch damit die Hoffnung, dann endlich in Frieden leben zu können. Ohnehin werfen sie ihren albanischen Landsleuten vor, sich auch jetzt, nachdem all ihren Forderungen durch die Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens nachgegeben wurde, immer noch nicht loyal zu dem gemeinsamen Staat zu verhalten. In diesen Tagen will beispielsweise die sozialdemokratisch geführte Regierung konsequent gegen all jene vorgehen, die seit Jahren keinen Strom bezahlen. Dies betrifft in erster Linie die albanisch besiedelten Gebiete an der Grenze zum Kosovo und Südserbien. Die Proteste der Albaner auf diese nur allzu verständliche Haltung der Behörden scheinen vorprogrammiert.

Die Kolumne Georgievskis vom 18. April in *Dnevnik* wäre vermutlich wie die meisten seiner vorangegangenen Kommentare an gleicher Stelle unter dem mitleidigen Lächeln der Beobachter über die Gedankenspiele eines frustrierten Ex-Premiers, der sich angesichts der für ihn nicht nachzuvollziehbaren Wahlniederlage in den Schmollwinkel zurückgezogen hat, im Papiermüll gelandet, wenn nicht sein milder frustrierter ehemaliger albanischer Koalitionspartner als Reaktion auf diesen Vorschlag nur einen Tag später das Scheitern des Ohrider Rahmenabkommens beklagte und als einzige Lösung der verfahrenen Situation der Teilung Mazedoniens in zwei homogene Gebiete zugestimmt hätte. Um seiner Forderung ein größeres politisches Gewicht zu verleihen, hat der Vorsitzende der zweitstärksten albanischen Partei DPA, Arben Xhaferi, auf der Grundlage eines Moratoriums den Abgeordneten seiner Partei sowie den gewählten Ratsmitgliedern in den Kommunen empfohlen, mit sofortiger Wirkung ihre Mandate niederzulegen.

Xhaferi beklagt die schleppende Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens. Als Beispiele führte er

die bekannten Streitpunkte zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen an – das Ungleichgewicht zwischen Mazedoniern und Albanern in den Polizei- und Militärkräften, die Defizite im Bildungssystem, das Sprachproblem, die Diskussion über die Gestaltung des Reisepasses sowie die nationalen Symbole wie Flagge, Landesname und Nationalhymne, durch die sich ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung nicht repräsentiert fühle. Der internationalen Gemeinschaft wirft Xhaferi vor, sich durch die Kreation fauler Kompromisse immer wieder um die Lösung der eigentlichen Probleme zu drücken – in Bosnien, im Kosovo und schließlich auch in Mazedonien.

Was bedeuten diese in ihrer Konsequenz ähnlich ausgerichteten Vorstöße der ehemaligen Regierungspartner?

Zunächst einmal zeigt die Haltung Georgievskis und Xhaferis, dass die Führer der beiden größten Oppositionsparteien offensichtlich nicht in der Lage sind, sich selbst und ihre Parteien auf eine konstruktive Rolle in der Opposition einzustellen. Ansätze für eine politische Auseinandersetzung im Parlament mit der Regierung aus mazedonischer SDSM und albanischer DUI liegen ausreichend vor. Da das von Premierminister Branko Crvenkovski geführte Kabinett tunlichst darauf bedacht ist, keinen Schatten zu werfen, sind die abseits der interethnischen Problematik bestehenden Fragen wie die Umstrukturierung der aufgeblähten Verwaltung, die Reform des Bildungssystems, der Umbau des Gesundheits- und Sozialsystems sowie der Kampf gegen Korruption und Vetternwirtschaft nach wie vor ungelöst.

Mit dem Vorschlag auf Teilung des Landes versuchen zwei politische Akteure sich wieder ins Gespräch zu bringen, deren Regierungszeit in erster Linie von einem bislang unbekannten Maß an persönlicher Bereicherung und Nepotismus geprägt war, über deren negative Auswirkung auf Staat und Gesellschaft selbst die mäßigen Erfolge im Bereich der Privatisierung und Liberalisierung des Wirtschaftssystems nicht hinwegtäuschen konnten. Nun spielen Georgievski und Xhaferi die Karten, die sie am besten beherrschen: nationale Polemik und Kritik an der internationalen Gemeinschaft. Auf letztere wird Mazedonien jedoch noch eine ganze Weile angewiesen

sein, wenn es seinen Platz in Europa einnehmen möchte.

Angesichts der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Union im Mai nächsten Jahres um zehn neue Mitgliedsstaaten wird bereits jetzt von renommierten Think Tanks und Forschungsinstituten ein Konzept für die baldige Integration der Staaten des westlichen Balkans in die europäischen Strukturen gefordert.⁸⁾ In den vergangenen Monaten hat vor allem Griechenland seine EU-Ratspräsidentschaft dazu genutzt, um auf die Bedürfnisse der Region Südosteuropa aufmerksam zu machen, und hat die Rolle des Vorkämpfers seiner europäischen Nachbarstaaten eingenommen.⁹⁾ Vor allem die Republik Mazedonien könnte möglicherweise von diesem plötzlichen Interesse des einzigen EU-Mitglieds der Region an seinen unmittelbaren Nachbarn profitieren.

Jahrelang hat jede griechische Regierung die Anerkennung Mazedoniens unter seinem selbstgewählten Namen *Republik Mazedonien* aufgrund der angeblichen Verwechselungsgefahr mit der gleichnamigen nördlichen Provinz Griechenlands und der Gefahr möglicher Gebietsansprüche aus Skopje blockiert. Seit der Gründung der Föderation Serbien und Montenegro Anfang dieses Jahres ist daher die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien – so der offizielle Name Mazedoniens – die einzige ehemalige Teilrepublik, die in ihrem Staatsnamen unfreiwillig noch das Andenken an Titos Jugoslawien bewahrt. Nach wie vor erkennt die griechische Regierung die mazedonischen Pässe nicht an und bereitet den Antragstellern in ihrem Liaison Office in Skopje trotz der Zugehörigkeit zum Schengen-Verbund teilweise einige Schwierigkeiten vor der Ausstellung von Einreisevisa. So war es ebenso fraglich, ob das griechische Parlament tatsächlich das im März 2001 zwischen Mazedonien und der Europäischen Union unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ratifizieren würde. Es ist wohl auch der griechischen EU-Ratspräsidentschaft zu verdanken, dass das Abkommen schließlich ohne große Einwände vor wenigen Tagen das Abgeordnetenhaus passierte.

Auf großes Interesse stieß Anfang des Jahres der Besuch des griechischen Außenministers, Georghe Papandreu, in Skopje. Dieser bekräftigte, dass die Tore der EU nach der Erweiterung um die Länder

8) Vgl. u.a.: Meurs, Wim van / Yannis, Alexandros, „The European Union and the Balkans – From Stabilisation Process to Southeastern Enlargement“, September 2002; European Stability Initiative (ESI), „The Road to Thessaloniki: Cohesion and the Western Balkans“, März 2003.

9) Vgl. das Arbeitspapier des griechischen Außenministeriums: „Greek Presidency Priorities for the Western Balkans“, <http://www.eu2003.gr/en/articles>

Mittel- und Osteuropas auch für Südosteuropa offen stünden. Dem Klang dieser Worte folgend ergriff der mazedonische Präsident Boris Trajkovski nur vier Wochen nach diesem Besuch die Initiative und berief ein nationales Forum von Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, um eine Strategie für die Aufnahme der Republik Mazedonien in die Europäische Union auszuarbeiten. Um jedoch ebenso den regionalen Ansatz der Strategie hervorzuheben, haben sich am 15. und 16. März ebenfalls auf Einladung Präsident Trajkovskis die für die jeweilige Annäherung ihrer Länder an die EU verantwortlichen Minister bzw. Staatssekretäre aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Montenegro, Mazedonien und Albanien in Skopje getroffen. Auf dem regionalen Forum wurde über das weitere gemeinsame Vorgehen der Länder diskutiert und eine engere Zusammenarbeit in politischen und wirtschaftlichen Fragen auf dem Weg in die EU beschlossen. Das Ergebnis des Forums soll schließlich beim EU-Gipfel am 21. Juni in Thessaloniki den europäischen Staats- und Regierungschefs vorgestellt werden.

■ Präsident Trajkovski als tragische Gestalt – vom Ausland geachtet, vom Volk verhöhnt

Als treibende Kraft im Prozess der Annäherung der Republik Mazedonien sowohl an die Europäische Union als auch an die NATO profiliert sich in zunehmenden Maße Präsident Boris Trajkovski. Spätestens seit seiner bedeutenden Rolle bei der Überwindung der Krise des Jahres 2001, als er immer wieder die Führer der Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückholte und auf die Unterzeichnung des Rahmenabkommens drängte, genießt Trajkovski bei der internationalen Gemeinschaft großes Ansehen als verlässlicher Gesprächspartner. Auf seine Einladung kamen im Nachklang der Krise im darauf folgenden Jahr Sicherheitsexperten von renommierten Forschungsinstituten aus ganz Europa zusammen, um gemeinsam mit den nationalen Entscheidungsträgern, aber auch mit den Vertretern der verschiedenen Religionsgemeinschaften über ein Konzept für die innere und äußere Sicherheit der Republik Mazedonien zu beraten.¹⁰⁾ Durch seine weiteren Initiativen zur europäischen Integration und die Einbindung Maze-

10) Vgl. <http://www.president.gov.mk/eng/info/process/>

doniens in das nordatlantische Verteidigungsbündnis versucht er im Rahmen seiner Möglichkeiten weiter an seinem Profil als Staatsmann mit internationalem Renommee zu feilen. Bei seinen Versuchen, es allen Seiten recht zu machen, könnte Trajkovski allerdings bald auch als der große Verlierer im Spiel der verschiedenen Interessen innerhalb des Landes dastehen.

Die Bevölkerung kritisiert in erster Linie die pro-amerikanische Haltung ihres Präsidenten. Seit der zweifelhaften Rolle der Amerikaner während der Krise in Mazedonien und ihrer anfänglich sehr zögerlichen Verurteilung der Angriffe der UCK auf mazedonische Ziele genießen die USA keinen besonders guten Ruf bei den meisten Mazedoniern. So groß zwar die Wertschätzung Trajkovskis bei der internationalen Gemeinschaft für seine Verdienste beim Zustandekommen des Ohrider Rahmenabkommens ist, so sehr wird er gerade hierfür in seiner Heimat als Marionette der Amerikaner disqualifiziert. In diesem Zusammenhang wird auch die uneingeschränkte Solidarität des Präsidenten mit der Bush-Administration für die Intervention im Irak gesehen, als Mazedonien als einer von 30 Staaten zur „Koalition der Willigen“ gehörte. Dies brachte ihm nicht zuletzt auch die Kritik einiger europäischer Regierungen ein, die sich zudem verwundert zeigten angesichts des Schlingerkurses des Präsidenten vor der Übertragung des militärischen Mandats von der NATO auf die erste Militär-Mission unter Führung der EU. Trajkovski sprach sich vor der Übergabe Anfang April mehrfach für die Beibehaltung des NATO-Mandats aus, musste schließlich jedoch wohl auch auf Druck seiner eigenen Regierung der Stationierung von EU-Truppen zustimmen.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen dem Präsidenten und der Regierung ist die ungeklärte Frage der Auslieferung amerikanischer Soldaten, die Kriegsverbrechen begehen, an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Bislang erkennen die USA diese Institution nicht an und versuchen mit möglichst vielen Staaten bilaterale Abkommen abzuschließen, in denen ausdrücklich die Überführung von straffällig gewordenen US-Bürgern nur in die amerikanische Gerichtsbarkeit besiegelt wird. Weltweit haben mittlerweile 33 Staaten ein derartiges Abkommen mit den USA unterzeichnet. Im Augenblick versucht die US-

Regierung vor allem auf die Anwärter auf eine zukünftige NATO-Mitgliedschaft einen gewissen Druck auszuüben, indem sie ihre Unterstützung für die Aufnahme in das Verteidigungsbündnis von der Unterzeichnung des Abkommens abhängig macht. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch das vollmundige Lob des stellvertretenden US-Verteidigungsmisters, Paul Wolfowitz, am Rande seines Besuchs in Skopje am 18. Mai für die Unterstützung der amerikanischen Irak-Politik sowie die Aussage zu erklären, dass das irakische Volk die Rolle Mazedoniens bei seiner Befreiung nicht vergessen wird. In diesem Zusammenhang ist ebenso die Einschätzung des amerikanischen Vertreters bei der NATO, Bruce Jackson, zu verstehen, der Mazedonien die Aufnahme im Jahr 2006 in Aussicht stellte. Jedoch auch die Europäer haben Druckmöglichkeiten gegen Bewerberländer, die dieses stark von den europäischen Regierungen unterstützte Projekt mit einem solchen bilateralen Nichtauslieferungsabkommen hintertreiben. Angesichts des bevorstehenden EU-Gipfels in Thessaloniki wäre eine Übereinkunft mit den Amerikanern sicherlich ein falsches Signal. Während sich Trajkovski von Beginn an für das bilaterale Abkommen mit den USA eingesetzt hatte, schielte Premierminister Crvenkovski noch auf die Entwicklung in Kroatien, das gegenwärtig in dieser Sache ebenfalls von den Amerikanern „bearbeitet“ wird.

An diesem Beispiel wird die schwierige Position des Präsidenten deutlich. Trajkovski ist zwar redlich bemüht, schießt aber in seinem Eifer allzuoft über das Ziel heraus. Verfassungsrechtlich ist der Präsident zwar der höchste außenpolitische Vertreter des Landes und zudem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, politisch kann er jedoch nichts ohne die Zustimmung der jeweiligen Regierung durchsetzen. So entsteht häufig der Eindruck, dass seine verschiedenen, im Ansatz nicht schlechten Initiativen ohne vorhergehende Konsultationen mit der Regierung unternommen werden und daher nicht über die entsprechende politische Unterstützung verfügen. Aus Kreisen des Außenministeriums werden die Stimmen lauter, die sich zunehmend frustriert über die Alleingänge des Präsidenten äußern und es leid sind, den hinterlassenen Schaden begrenzen zu müssen. Seine eigene Partei, VMRO-DPMNE, versagt ihm bereits

seit zwei Jahren die Gefolgschaft. Unüberbrückbar waren die Differenzen mit der Parteiführung über das Ohrider Rahmenabkommen. Eine erneute Nominierung von Seiten der Partei für die Präsidentschaftswahl im Herbst des kommenden Jahres scheint ausgeschlossen. Bereits jetzt werden erste Spekulationen über den möglichen Kandidaten aus den Reihen von VMRO-DPMNE angestellt. Als aussichtsreichster Kandidat wird gegenwärtig Nikola Kjusev gehandelt, der in den Jahren 1991/92 für eine kurze Übergangszeit an der Spitze einer Regierung von Experten die Geschicke der jungen Republik lenkte. Gute Chancen werden daneben noch dem ehemaligen Parlamentspräsidenten Stojan Andov von der Liberalen Partei (LP) eingeräumt, der nach dem Ausstieg der Demokratischen Alternative aus der Regierung im Dezember 2000 der Koalition aus VMRO-DPMNE und DPA als Partner bis zur Wahlniederlage im September 2002 zur Seite stand.

■ Ausblick

Bis zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr wird allerdings noch manches geschehen. Für das Land wie für die Partei VMRO-DPMNE steht eine Reihe wichtiger Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene an. Unter der neuen Parteiführung um Nikola Gruevski muss VMRO-DPMNE einen Kurs der inneren Erneuerung einschlagen. Es gilt, eine Agenda für die nächsten Jahre zu entwickeln, mit der die Menschen im Land wieder Vertrauen in die Partei gewinnen und sie die Alternative zur jetzigen Regierung aufgezeigt bekommen. International muss es vordringliche Aufgabe sein, den abgebrochenen Kontakt zu den Partnerparteien in Westeuropa wieder aufzunehmen, um so schrittweise in den Kreis der Europäischen Volkspartei herangeführt zu werden.

Für Mazedonien werden vom EU-Gipfel entscheidende Signale über das Tempo der Annäherung an die europäischen Institutionen ausgehen. Es steht sicherlich fest, dass es sowohl für Europa als auch für Mazedonien keine Alternative zur Integration der Region Südosteuropa in die EU gibt. Die endgültige Aufnahme kann jedoch nur der letzte Schritt einer Entwicklung sein, die im Land selbst stattfinden muss. Die Anpassung der mazedonischen Gesetzge-

bung an europäische Standards ist dabei nur ein Teil des Reformprozesses. Entscheidend ist aber vor allem, dass ebenso eine öffentliche Diskussion über die gemeinsamen europäischen Werte aufgenommen wird, so dass auch in den Köpfen der Menschen die Brücken in das Europa der Gründer Väter Konrad Adenauer und Robert Schuman geschlagen werden.

Das Manuskript wurde am 4. Juni 2003 abgeschlossen.